

Allgemeine Informationspflicht gemäß Artikel 13 DSGVO

Bewerberinformation

Den Schutz Ihrer persönlichen Daten ist uns wichtig. Daher informieren wir Sie im Folgenden gerne über den Umgang mit Ihren personenbezogenen Daten und über die Rechte, die Ihnen im Hinblick auf die Verwendung der Daten im Rahmen Ihrer Bewerbung uns gegenüber zustehen.

Verantwortliche Stelle
Rheinisch Westfälische Verlagsgesellschaft mbH Goethestraße 31a 45128 Essen Vertreten durch den Geschäftsführer: Dr. Jörg Kurzeja Datenschutzbeauftragte: Frau Mara Heger Telefon: + 49 (0) 201810180 Telefax: + 49 (0) 201810842 E-Mail: datenschutz@rwvgmbh.de
Zweckbestimmung der Datenverarbeitung
Abschluss, Durchführung und Beendigung von Beschäftigungsverhältnissen <ol style="list-style-type: none">1. Bearbeitung der Bewerbung für eine Arbeitsstelle2. Bei erfolgreicher Bewerbung Abwicklung des Arbeitsverhältnisses:<ol style="list-style-type: none">2.1 Gehaltszahlung2.2 Abführung der Lohn- und Sozialabgaben
Zwecke und Rechtsgrundlagen der Datenverarbeitung
Wir verwenden Ihre Daten für die Entscheidung über die Begründung eines Beschäftigungsverhältnisses sowie der Kontaktaufnahme mit Ihnen. Sofern das Beschäftigungsverhältnis nicht zustande kommt, verwenden wir Ihre Daten, um Ihnen eine Absage auf dem Weg, auf dem Sie uns Ihrer Bewerbungsunterlagen haben zukommen lassen, zuzusenden. Die Verarbeitung Ihrer Daten ist nach § 26 BDSG für die Begründung eines Beschäftigungsverhältnisses mit Ihnen erforderlich.
Kategorien von Empfängern von personenbezogenen Daten
<ol style="list-style-type: none">1. Intern Buchhaltung, Allgemeine Verwaltung Datenschutzbeauftragter2. Extern Steuerberater, Wirtschaftsprüfer Banken IT-Dienstleister und Softwarehersteller3. Ämter und Behörden Bundeszentralamt für Steuern Sozialversicherungsträger Berufsgenossenschaft Finanzamt Integrationsamt
Datenübermittlung in Drittstaaten
Eine Übermittlung der Daten an Staaten außerhalb der EU bzw. EWR (Drittstaaten) findet nicht statt.

Nach Artikel 13 Abs. 2 DSGVO zur Verfügung zu stellenden Informationen

1. Betroffene haben das Recht auf:

- 1.1 Auskunft über Ihre gespeicherten und verarbeiteten personenbezogenen Daten
- 1.2 Berichtigung Ihrer hinterlegten personenbezogenen Daten
- 1.3 Löschung Ihrer nicht mehr benötigten Daten
- 1.4 Einschränkung der Nutzung Ihrer Daten
- 1.5 Widerspruch
- 1.6 Datenübertragbarkeit

2. Speicherdauer

- 2.1 Daten aufgrund von Vertragsanbahnung werden gelöscht, wenn es nicht zu einem Vertragsabschluss kommt und gesetzliche Aufbewahrungs- bzw. Nachweispflichten der Löschung nicht entgegenstehen, in der Regel nach 6 Monaten nach Abschluss des Stellenbesetzungsverfahrens bzw. einer Absage.
- 2.2 Während des bestehenden Vertragsverhältnisses erfolgt die Speicherung nach den gesetzlichen Aufbewahrungsvorschriften.
- 2.3 Nach Beendigung des Vertragsverhältnisses erfolgt die Löschung nach Ablauf der gesetzlichen Aufbewahrungsvorschriften, bzw. zum Nachweis des Beschäftigungsverhältnisses und bestehender Rentenansprüche im Interesse des Arbeitnehmers ggf. auch bis zum gesetzlichen Renteneintrittsalter. Personalbezogene Unterlagen, die keinen Aufbewahrungspflichten unterliegen, werden ausgehändigt bzw. nach Ablauf von 6 Monaten gelöscht.

3. Widerruf bei Einwilligung

Erfolgt die Speicherung Ihrer Daten aufgrund Ihrer Einwilligung, können Sie die Einwilligung widerrufen. Die Speicherung Ihrer Daten erfolgt auf vertraglicher Grundlage bzw. aufgrund einer Vertragsanbahnung. Eine Einwilligung liegt in solchen Fällen nicht vor.

4. Beschwerderecht bei einer Aufsichtsbehörde

Gemäß Artikel 77 DSGVO haben Sie das Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde, wenn Sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten gegen die DSGVO oder das BDSG verstößt. Beschwerden können Sie beispielsweise an die folgende, aber auch an jede andere Datenschutzaufsichtsbehörde richten:

Die Landesbeauftragte für den Datenschutz Nordrhein-Westfalen
Kavalleriestraße 2-4
40213 Düsseldorf
Tel.: 0211/38424-0
Fax: 0211/38424-10
E-Mail: poststelle@ldi.nrw.de

5. Bereitstellung Ihrer personenbezogenen Daten und die Folgen der Nichtbereitstellung

Die Bereitstellung Ihrer personenbezogenen Daten ist für die Durchführung des Vertragsverhältnisses erforderlich bzw. wir sind gesetzlich verpflichtet, diese Daten zu erheben. Ohne diese Daten können wir den Vertrag nicht abschließen oder durchführen. Soweit gesetzliche Verpflichtungen zur Erhebung dieser Daten bestehen (Sozialversicherung, Steuer), würden wir einen Gesetzesverstoß begehen, der ggf. straf- oder bußgeldbewährt wäre.

6. Automatische Entscheidungsfindung

Eine automatische Entscheidungsfindung erfolgt nicht.